

Starnberg am See, 4. Oktober 1947

Lieber Herr Dr. Appel,

nun empfangen Sie endlich hier mit den mir von Ihnen überreichten Unterlagen, die Sie zurückhaben wollten, meine Ausarbeitung über die drei vom Evangelischen Hilfswerk gewünschten Punkte. Ich hätte gern mehr statistisches Material eingebaut, aber das war unmöglich, weil mir die entsprechenden Werke, vor allem das Buch von Ullrich, fehlen. Ich versuchte, die Zahlenangaben von Dr. Hermann Groß zu erfahren, aber er beantwortete meine Anfrage nicht, was wohl damit zu erklären ist, daß er verreist ist. So leid mir das tut, ich glaube, das Wichtigste enthält meine Arbeit, vor allem gibt sie ja ein Bild der geschichtlichen Entwicklung, der nichts zugefügt werden muß, und bietet auch eine Darstellung der gegenwärtigen Lage mit den sich daraus ergebenden Folgerungen. Ich habe nichts verschwiegen, denn angesichts der Not in Siebenbürgen ist nichts zu verschweigen.

Hoffentlich entspricht, was ich zusammenstellte, Ihren Erwartungen. Wie ich neulich schon andeutete, fehlt es mir an Papier. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir einen Ersatz für die Blätter bieten könnten, die ich jetzt benötigte. Auch für einen Spesenbeitrag wäre ich Ihnen verbunden.

Sie wollten mir Unterlagen für einen Aufsatz zuschicken, der sich mit den wirtschaftlichen Fragen der Flüchtlinge befassen und in der Zeitschrift "Wirtschaftshilfe" erscheinen soll. Ist der Plan fallen gelassen worden? Halten Sie daran noch fest, so kann ich jetzt die Sache machen, nur wäre ich froh, wenn Sie mir eine Probeheft der Zeitschrift mitschicken würden.

Mit besten Grüßen Ihr

Beilagen

i k g s

Starnberg am See, 18. Oktober 1947

Herrn
Dr. Otto Appel
Hilfskomitee der Sieb. Sachsen u. Banater Schwaben
München

Lieber Herr Dr. Appel,

hier übersende ich den Schluß meiner Ausarbeitung über die Lage der Siebenbürger Sachsen. Die ersten 17 Seiten liegen bei Ihnen und sind ja auch schon abgeschrieben. Auf Seite 4, 2 Zeile von oben, ist die Ziffer 58.000 Joch in 28.000 Joch zu verändern. Bitte lassen Sie dies durchführen.

Ich bin froh, daß ich diese zeitraubende Arbeit hinter mir habe. Natürlich müßte in ähnlicher Weise auch das Banater Schwabentum behandelt werden. Ich habe ohnehin das Gefühl, als würde man diese Landsleute etwas links liegen lassen. Aber so genau kann man ja ihre Verhältnisse nicht darstellen, weil weder die Kirchenzustände so offenbär sind, noch eine entsprechende Wirtschaftsliteratur besteht. Vielleicht macht man den Kunstgriff und weist nur daraufhin, daß die Dinge im Banat ähnlich wie in Siebenbürgen sind, aber das haben wir schon getan.

Professor Dr. Karl Kurt Klein sandte mir heute den Durchschlag eines Briefes, der er an Molitoris, Beer und Keintzel vor etlichen Wochen schon gerichtet hat. Ich gebe Ihnen hier diesen Durchschlag zur Einsicht, bitte aber, ihn mir gleich zurückzuschicken, damit ich Klein antworten kann. Was er vorschlägt, ist ausgezeichnet. Wir müßten auch hier versuchen, den Plan zu fördern, aber wie? Ein Weg wäre direkt über die Militärregierung, der man vorschlagen müßte, Vertreter der deutschen Volksgruppen des Südostens und Rumäniens, also auch der Schwaben und der Ungarndeutschen, in London anzuhören. Es ist mir unmöglich zu wissen, ob Sie bei der Militärregierung eine solche Anregung, die ja bis zur Vorbereitungsstelle der Außenministerkonferenz durchdringen müßte, starten können. Ich bezweifle es. Der zweite Weg wäre der über die Kirche. Unverzüglich müßte Wurm veranlaßt werden, diesen Gedanken mit Entschiedenheit - ohne Entschiedenheit geschieht nichts! - über Genf den Außenministern nahezu legen. Ich wäre bereit, den Brief an Wurm zu schreiben, dem man auch Material schicken müßte, z.B. meine jetzt fertiggestellte Ausarbeitung. Ich würde notfalls

auch zu Wurm fahren und mit ihm sprechen, wobei ich diesmal dafür sorgen würde, daß die Herren vom Hilfswerk sich nicht verzögernd einschalten. Man müßte Wurm dies schreiben: es sei eine Christenpflicht, den Außenministern zu sagen, daß sie - nachdem sie nichts gegen die schon über zweieinhalb Jahre andauernden Verfolgungen der Volksdeutschen getan haben - nun endlich wenigstens deren Meinung anhören, wenn sie über sie bestimmen. Was die Siebenbürger Sachsen im Einzelnen angeht, wäre Molitoris als Vertreter vorzuschlagen, der sich einige Begleiter selbst wählen soll.

Ich bitte Sie, mir über diesen Punkt gleich zu antworten, damit ich bei Ihrer Zustimmung den Brief an Wurm sofort entwerfe. Ich käme dann auch ^{hier} zu Ihnen nach München.

Ihre Mappe mit den Mitteilungen der Wirtschaftshilfe halte ich noch wenige Tage hier.

Es wird gut sein, von meiner Ausarbeitung nicht zu wenige Abzüge machen. Ich glaube, man sollte sie auch nach Amerika an die Landsleute schicken, überdies möchte ich einen Abzug an Dr. Hans Grimm senden lassen - Sie haben die Adresse - weil der nach England Beziehungen hat.

Ehe Molitoris nach London reist (wenn er selbst diese Fahrt durchsetzen kann!), wäre es äußerst wichtig, mit ihm zu sprechen. Wollen Sie ihm, dem Sie doch sicherlich nächstens schreiben, nicht vorschlagen, daß er, falls er die Anregung Kleins aufgeriffen und sich den Weg nach London freigemacht habe, über München reisen solle, schon um Material mitzunehmen? Ich würde dann gern mit ihm sprechen. (Noch lieber würde ich ihn begleiten.)

Sehr richtig finde ich auch, was Klein im letzten Absatz sagt. Das hätte längst geschehen sollen und kann jetzt am besten geschehen, ^{La!} in London die Verhandlungen beginnen. Wissen Sie, ob Molitoris eine Eingabe an die UN schon ins Auge gefaßt hat?

Wenn Sie mir Montag vormittag antworten und den Brief auch dann absenden, hätte ich ihn bestimmt Dienstag und könnte am selben Tag oder am nächsten zu Ihnen kommen - sofern Sie eben Kleins Anregung nachgeben wollen.

Mit bestem Gruß Ihr

N.B. Ich kann mir mir ja ausrechnen,
dann ist es ein wenig besser auf
jeden Fall ja! Max!

ikgs

Starnberg am See, 26. Oktober 1947

Lieber Herr Dr. Appel,

ich habe mich um zwei Tage verspätet, weil ich durch Besuche unerwartet von der Arbeit abgezogen worden bin. Das tut mir leid, denn die Sache duldet ja keine Verzögerung. Freilich habe ich mit der Abfassung mehr als sonst Mühe gehabt. Es ist nicht leicht, in so konzentrierter Form das Wichtigste zu sagen. Ich glaube, es ist mir nach dreitägiger Anstrengung gelungen, die richtige Form zu finden, wobei es freilich mit nur vier oder fünf Seiten, wie wir hofften, nicht zu machen war. Aber Sie werden selbst sehen, daß die geringfügige Vermehrung des Briefes seine Knappheit nicht stört. Er wird, kommt er bloß an die Konferenz, dort allerdings auch in die richtigen Hände, ganz gewiß von A bis ~~an~~ Z gelesen werden. Der Inhalt ist ja so, daß nur ein Mensch ohne Herz im Lesen aufhören könnte, bloß weil man damit zehn Minuten zubringen muß.

Ich meine auch, es ist kein Wort zu verändern. Es ist ein Irrtum anzunehmen, daß man durch Umschreibungen und Leisetreteri etwas erreicht. Die Zeiten der Redens durch die Blume sind ohnehin seit dem 18. Jahrhundert vorbei und hier geht es um Menschenleben. Überdies werden die Außenminister andere Eingaben mit ganz anders scharfen Worten genug in die Hände kriegen, so daß man schon deswegen die Dinge beim Namen nennen muß, sonst wird man überhaupt nicht gehört. Aber ich hütete mich vor jeder unnötigen Verschärfung des Ausdrucks. Ich brachte außer der Anklage des Rechtsbruch auch keine Vorwürfe vor, so daß niemand am Stil etwas aussetzen wird.

Wir hatten eine englische Übersetzung für unnötig gehalten. Ich glaube aber, sie wird doch nötig sein. Am besten kommt man doch mit einer Sache durch, wenn keine Sprachschwierigkeiten sich dem Verständnis entgegenstellen. Lassen Sie bitte darum den Text - es muß nur schnell gehen übersetzen und unterfertigen sie sowohl den deutschen wie den englischen Text. Damit können beide ^{Texte als} Originale eingereicht werden.

Ich würde die Abschrift beider Texte so anfertigen lassen, daß am Schluß noch freier Raum genug bleibt für die Befürwortung Wurms und des Weltkirchenrats.

Am Schluß muß noch in dem von mir freigelassenen Zeilenraum der Namen des Schwaben eingesetzt werden, den Sie mir als wünschenswerten Vertreter für London nannten. Ich habe seinen Namen vergessen.

Ich würde je einen ^{mit} Vorschlag für Wurm hochmitschicken und auch ~~für~~ den Weltkirchenrat ^{mit} senden, damit die Eingabe nicht aus dem Grund bei beiden vielleicht einen Tag länger liegen bleiben, weil sie sich Ab-

schriften anfertigen lassen wollen, was bei derlei Befürwortungen ja sicherlich geschieht.

Überdies braucht der Weltkirchenrat eine Abschrift für den Fall, daß er ~~die~~ von mir im Briefentwurf vorgeschlagenen Veröffentlichung durchführt, die sehr notwendig wäre.

Sie müssen also mehrere Darschl^{ch}läge anfertigen lassen - auch ich wäre für zwei dankbar, weil ich einen Hans Grimm schicken möchte, damit er ihn dem Erzbischof von Canterbury übermittelt, der vielleicht gerade in dieser Sache nachstoßen könnte.

Wir dachten, der Eingabe auch Abzüge meiner Ausarbeitung über die Siebenbürger Sachsen beizuschließen. Ich rate jetzt, nachdem ich mit der Sache nochmals überlegte, davon entschieden ab, weil dieser zweite Text über dieselbe Frage nur Verwirrung anrichten würde. Lassen wir die Eingabe ganz allein los. Die frühere Ausarbeitung können Sie gesondert davon später an den Bischof und an den Weltkirchenrat schicken. Es wird Ihnen auffallen, daß ich die Eingabe äußerlich anders angeordnet habe als sonst üblich, indem ich seitlich links Begleittitel beifügte. Ich halte das in diesem Fall, um den Leser zu spannen, für gut. Nur müßte man den Abschreiberinnen einschärfen, das Schriftbild klar zu halten, indem der seitliche Rand etwas breiter als bei meiner Niederschrift gemacht wird.

An Molitoris schicken Sie ja wohl auch eine Abschrift?

Viele herzliche Grüße!

Ihr

An den
Weltkirchenrat, zu Händen von Herrn.....
Genf

Sehr geehrter Herr.....,

die täglich wachsende, unbeschreibliche Not der Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen, deren Flüchtlinge wir im Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland betreuen, zwingt uns, die Hilfe der Ende November in London beginnenden Außenministerkonferenz der Großmächte anzurufen.

Jedes Hinausschieben der nun notwendig gewordenen Lösung in dieser Ihnen wohlbekannten Angelegenheit würde nur den Untergang von weiteren Zehntausenden bedeuten und mit untilgbarer Schuld wen immer belasten, der um die Dinge weiß und nichts tut, um die Aufmerksamkeit der Regierungen und möglichst auch der Weltöffentlichkeit zu wecken.

Wir haben daher eine Eingabe an die Außenministerkonferenz verfaßt, die wir Ihnen hier mit Befürwortung durch Herrn Bischof D. Wurm in deutschem und englischem Original (samt Durschlägen für Ihr Archiv) überreichen. ~~Wir~~

Wir bitten Sie herzlich, die Originale auch mit einer befürwortenden Notiz zu versehen und sie dann sofort an Ihre Londoner Vertretung weiterzuleiten, diese aber zu veranlassen, unsere Forderungen an die Konferenz zum eigenen Anliegen zu machen und die Schriftstücke am besten durch direkte Vorsprache einer Persönlichkeit auszuhändigen, die die Gewähr bietet, daß die Konferenz sie tatsächlich empfängt, liest und beachtet. Wenn Ihre Londoner Vertretung überdies darauf dringen wollte, daß die in unserer Eingabe ausgesprochene Bitte um Berufung sachverständiger Ratgeber der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben zur Konferenz erfüllt werde, möglichst noch vor deren Beginn, wären wir Ihnen besonders dankbar, weil damit eine Voraussetzung für die ernsthafte Beschäftigung der Außenminister mit diesem Problem geschaffen wäre.

Wir sind hier nicht in der Lage zu beurteilen, ob es sich von jedem Gesichtspunkt her empfiehlt, den Text unserer Eingabe - vielleicht unter Weglassung der ^{Namen der} von uns vorgeschlagenen Sachverständigen - in der schweizerischen und dann natürlich auch in der Weltpresse zu veröffentlichen, um das Problem offenkundig zu machen und die Konferenz auch ~~in~~ dieser Weise auf dessen unaufschiebbare Lösungsnotwendigkeit hinzuweisen. Wir sind freilich der Ansicht, daß nichts mehr durch Schweigen erreicht wird und die breiteste Aufklärung nur nützlich wäre, ja daß deren Unterlassung nicht länger verantwortet werden kann.

Stimmen Sie uns zu, ~~so~~ bitten wir Sie, die Veröffentlichung mit einem von Ihnen verfaßten Einleitungstext gleich durchzuführen.

Wir erlauben uns abschließend zu bemerken, daß rascheste Weiterleitung unserer Eingabe nach London notwendig ist, und bitten Sie die Mühe, die wir Ihnen bereiten, gütigst zu verzeihen. Indem wir Ihnen freundlich

danken verbleiben wir mit dem Ausdruck größter Hochachtung

Hilfskomitee usw.

Beilagen:

1. Brief an die Außenministerkonferenz in London in deutschem und englischem Original zur Befürwortung und Weiterleitung
2. Durchschriften für Ihr Archiv.

An die
Konferenz der Außenminister in
London

Im Namen der deutschsprachigen Staatsbürger Rumäniens wenden wir uns, von der Evangelischen Kirche in Deutschland mit der Betreuung der Flüchtlinge dieser Menschengruppe beauftragt, an die Konferenz der Außenminister der Großmächte in London und bitten:

1. die Môte und berechtigten Forderungen der von uns Vertretenen zur Kenntnis zu nehmen,
2. deren Lage durch internationale Entscheidungen menschenwürdig zu gestalten,
3. zu diesem Zwecke sachverständige Persönlichkeiten nach London zu berufen und mit ihnen über die Einzelheiten des Fragenbereiches in Föhlung zu treten.

Unsere Bitten begründen wir mit folgenden Ausführungen:

550.000 deutsche Bürger Rumäniens Unter den Bürgern Rumäniens befinden sich 550.000 Deutschsprachige. Sie gliedern sich in zwei Siedlungsgruppen, in die der Siebenbürger Sachsen und die der Banater Schwaben.

Siebenbürger Sachsen und ihre Leistung Die Siebenbürger Sachsen wanderten auf Einladung ungarischer Könige 1140 und 1214 hauptsächlich vom Rhein in die damaligen Oden Siebenbürgens ein, um dort in den ihnen als Eigentum überlassenen Gebieten "ad retinendam coronam" Städte zu bauen, die Grenzen gegen auswärtige Feinde zu sichern und den Boden unbar zu machen. Sie erfüllten diese Aufgabe vorbildlich, legten rund 250 Dörfer an, gründeten die ersten Städte, errichteten zahlreiche Burgen und überstanden außer dem Mongolensturm eine dreihundertjährige Bedrohung durch die Türken. Übersiebenhundert Jahre lang verwalteten sie sich selbständig, wählten ihre Amtleute und Pfarrer selbst, duldeten keine Hörigen noch bevorrechtete Adlige unter sich und stellen somit die älteste demokratische Volksorganisation Europas dar. Seit der Reformation evangelisch, schufen sie sich auch eine eigene Landeskirche.

Zu ihren wichtigsten Leistungen gehört die Ausbreitung der Kultur und Zivilisation im Südosten. Als erste Gemeinschaft in Europa bauten sie ein allgemeines Schulwesen auf, zu dem in allen ihrer Städte schon im 14. Jahrhundert Gymnasien gehörten. Ihre gotischen Dome, die Östlichsten des Erdteils, sind ebenso bekannt wie ihre Volkskunst. Als erste druckten sie auch rumänische Bücher und ~~sie~~ ^{machten} somit durch ihre Humanisten vor 400 Jahren die Mitschöpfer der rumänischen Schriftsprache.

Einen Beweis für den Rang, der ihnen jederzeit vom Staate

An die
Konferenz der Außenminister
in London

In Namen der deutschsprachigen Staatsbürger Rumäniens, deren Lage
bisher weder in den Abmachungen von Potsdam noch durch andere inter-
nationale Vereinbarungen geklärt worden ist



zugemessen wurde, gleichgültig ob Siebenbürgen ungarisch, selbstständig oder österreichisch war, liefert sie stets wiederholte Bestätigung ihrer Rechte, deren erste Kodifizierung bereits 1224 im "Anonimischen Freibrief" erfolgte und später - um nur das wichtigste zu nennen - durch das 1577 veröffentlichte "Eigenlandrecht der Sachsen in Siebenbürgen" und ihre Kirchenordnung von 1547 erweitert worden ist.

Andere Beweise ihrer Bedeutung finden wir in ihrem Handel und Gewerbe, die bis in den Orient und nach Deutschland wirkten, und schließlich in der nie abgebrochenen ^{fruchtbaren} Ausstrahlung ihres sittlich festen, kulturell überlegenen und vorbildlichen Lebens auf die übrigen Völker im Osten.

Banater Schwaben und ihre Leistung

Die Banater Schwaben sind ein Teil der großen Ansiedlung, die der Wiener Hof nach Vertreibung der Türken 1721-1760 im leeren und versumpften Südungarn vornahm. Auch sie kamen unter Zusicherung von Rechten, auch sie verdrängten niemand, auch sie sind, genau wie die siebenbürger Sachsen, auf dem von ihnen bewohnten Boden die älteste legitime Bevölkerung.

In wenigen Jahrzehnten verwandelten sie das Banat in eine der besten Kornkammern Europas. Durch ihre Hand entfalteten sich die vorher wüsten Städte, der Bergbau, Handel und Gewerbe und drang die abendländische Kultur siegreich vor. Wie die Sachsen Siebenbürgen, so hoben sie ihre Provinz zu einem Lande ~~Land~~ empor, das nach Gesittung, Zivilisation und Produktivität auf Hunderte von Kilometern alle benachbarten Gegenden übertrifft.

Mit einem Worte: den Sachsen und den Schwaben verdankt das einstige Ostungarn und zugleich Rumänien zu einem wesentlichen Teile ihre Europäisierung.

Die Rechtslage

Im Jahre 1919 fielen Siebenbürgen und Banat an Rumänien. Die achthundertjährige ~~Exzise~~ deutsche Bevölkerung in Siebenbürgen und die zweihundertjährige des Banats vollzog im Vertrauen auf die Freiheitsverkündigungen, die das rumänische Volk in Karlsburg am 1. Dezember 1918 feierlich beschworen hatte, in zwei Nationalversammlungen ihrerseits den Anschluß an Rumänien, das dies freudig anerkannte und damit beide Siedlungsgruppen als handlungsfähige Gemeinschaften bestätigte. Die Karlsburger Beschlüsse versprachen:

- "1. Die volle nationale Freiheit für alle mitwohnenden Völker. Jedes Volk wird den Unterricht, die Verwaltung und die Rechtspflege in seiner eigenen Sprache durch Personen aus seiner eigenen Mitte haben, und jedes Volk wird das Recht der Vertretung in den gesetzgebenden Körperschaften und in der Regierung im Verhältnis der Zahl der zu ihm gehörigen Personen haben."

"4. Vollständige Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, freie Propaganda aller menschlichen Gedanken".

Im Minderheitenschutzvertrag vom 9. Dezember 1919, abgeschlossen zwischen den Alliierten und Rumänien, besagt Artikel 2:

"Die rumänische Regierung verpflichtet sich, allen Einwohnern ohne Unterschied der Geburt, der Nationalität, der Sprache, der Rasse oder der Religion vollen und vollkommenen Schutz für ihr Leben und ihre Freiheit zu gewähren. Alle Einwohner Rumäniens werden das Recht auf die freie sowohl öffentliche als auch private Ausübung jedes Bekenntnisses, jeder Religion oder jeden Glaubens haben, deren Betätigung mit der öffentlichen Ordnung und den guten Sitten nicht unvereinbar sein wird."

Überdies räumt der gleiche Vertrag in Artikel 11 den Siebenbürger Sachsen eine lokale Kulturautonomie ein, die freilich gleich den Karsburger Beschlüssen niemals durchgeführt wurde, ohne daß die Alliierten oder der Völkerbund Rumänien deswegen oder auch wegen der häufigen Verletzungen des Artikels 2 zur Verantwortung gezogen hätten.

Die Rechtslage blieb dennoch eindeutig. Rumänien hatte sich mehrfach verpflichtet, seine Minderheiten, also auch seine deutschen Bürger als vollberechtigt zu behandeln und ihnen ein kulturelles Eigenleben zu gestatten. Erst durch das Dekretgesetz vom 20.9. 1940 wurde der gemeinsamen Organisation der Schwaben und Sachsen die juristische Persönlichkeit des öffentlichen Rechts endlich zuerkannt, die 1944 wieder erlosch.

Doch durch den Friedensvertrag von 1946 wurde Rumänien neuerlich international auf die gleichen Grundsätze verpflichtet, die schon der Vertrag vom 9. Dezember 1919 enthielt.

Rumäniens Nutzen

Welchen Nutzen Rumänien durch seine deutschen Einwohner hatte, sei kurz umrissen: Sachsen und Schwaben, die einen durchwegs evangelisch, die anderen vorwiegend katholisch, sahen in der Kirche, die auch ihre Schulen erhielt, ~~den~~ den unverrückbaren Mittelpunkt des Gemeinschaftslebens; daher ~~stammt~~ *stammt* ihr besonderer sittlicher Ernst, der Rumänien dauernd zugutekam, ~~daher auch die Höhe~~ *daher auch die Höhe* ~~ihres Lebens~~ *als ihrer Kultur, die* die primitiveren Landesteile ~~zu~~ *als* zu Nachahmung anleitete. Diese 550.000 Menschen erhielten aus eigener Kraft 489 Schulen, darunter 17 Mittel-, 10 Oberschulen, 4 Lehrerseminare und fast in jedem Dorf einen Kindergarten. Auf ihre 62.731 Schulkinder kamen 1.669 Lehrer. Analphabeten hatten sie im Gegensatz zur sonstigen rumänischen Bevölkerung keine.

Ihre wirtschaftliche Bedeutung sei ebenso knapp beleuchtet: Es gab 1942 insgesamt 504 sächsische und schwäbische Genossenschaften aller Art, 36 Banken mit 50 Niederlassungen, 321 Industriebetriebe mit einem Kapital von 2.814 Millionen Lei, 3.039 Handelsfirmen und 9.556 Handwerksbetriebe. 75% der Sach-

sen und Schwaben sind jedoch Bauern mit rund 65.000 vielhundert-jährigen Höfen (ohne Kleinbesitze) in einer Ausdehnung von 1.13 Millionen Joch (1 Joch=0.57 ha). Diese Zahlen, 1942 erhoben, als Nordsiebenbürgen (einschließlich der Sathmarer Schwaben) mit seinen 60.000 Deutschen vorübergehend zu Ungarn gehörte, müssen jetzt nach dem Heimfall dieses Gebiets an Rumänien um mindestens ein Zehntel erhöht werden. Es sind also 72.000 Bauernhöfe mit 730.000 Joch im Banat und 450.000 Joch in Siebenbürgen zu zählen.

D

Der Wert dieser Angaben für die rumänische Volkswirtschaft wird sinnfällig, wenn man beachtet, daß die deutschen Staatsbürger rund 10% der Gesamtbevölkerung Siebenbürgens und des Banats ausmachen, jedoch zu 15.1% in der Industrie, zu 19.9% im Kreditwesen, zu 14.7% im Handel und zu 28.2% in den freien Berufen vertreten sind. Im siebenbürgischen Hauptindustrialgebiet gehören ihnen zwei Drittel der Betriebe. Über ihre landwirtschaftlichen Fähigkeiten nur eine Feststellung: während der Durchschnittsertrag bei Weizen und Mais in Rumänien 10-12 dz betrug, erreichte er bei ihnen 24-27 dz.

Rumänien besaß also in ihnen seine tüchtigsten Wirtschaftsleute, zugleich auch treue Untertanen, die sich ihm, wie erwähnt, aus eigenem Entschluß 1919 angeschlossen hatten, was seine internationale Position damals sehr verstärkte. Allgemein geachtet lebten sie in bestem Einvernehmen mit dem rumänischen Volk.

Rechtswidrige Maßnahmen der rumänischen Regierung

Dennoch wurden ihre Rechte durch die jetzt im Amt befindliche und, wie bekannt, nicht durch freie Wahlen berufene Regierung vollständig zerschlagen. Keine internationale Abmachung wurde dabei beachtet und keine gab Rumänien eine Vollmacht dazu. Das Potsdamer Abkommen über die Aussiedlung deutscher Volksgruppen aus Osteuropa bezieht sich nicht auf Rumänien, dessen deutsche Bürger daher auch weiterhin als vollberechtigte Staatsbürger angesehen werden müssen, denen alle Vorteile aus den bereits aufgezählten Verträgen und Gesetzen zum Schutze der bürgerlichen Freiheit, insbesondere des Friedensvertrags von 1946, zustehen.

Zwangsdeportation

Des ungeachtet sind im Januar 1945 ihre Frauen und Mädchen vom 18.-30. und die Männer vom 17.-45. Lebensjahr von Angehörigen und Kindern weggerissen und nach Rußland deportiert worden zum sogenannten "freiwilligen Arbeitsdienst", wie dieser Vorgang nackter Gewalt zynisch bezeichnet wird. In plombierten Güterwagen, mitten im Winter, wurden die armen Menschen in die Donezgruben und in Betriebe des Ural verfrachtet, wo sie seither unter Verhältnissen, die als in der ganzen Welt bekannt nä-

h

her nicht geschildert werden müssen, Zwangsarbeit leisten. Die Sterblichkeit unter ihnen erreichte in zwei Jahren 8%. Nur wer völlig arbeitsunfähig wird, hat Aussicht, abgerissen, halb verhungert und oft sterbend entlassen zu werden, freilich nicht in die Heimat, sondern nach Deutschland, wo er das Heer der Vertriebenen vermehrt. Etliche Tausend sind auf solche Weise hilflos in Sachsen auf die Straße gesetzt worden, wenn sie nicht unterwegs starben.

Enteignungen

Unter dem Vorwand einer Bodenreform und unter Berufung auf neuverkündete Gesetze zur Bestrafung sogenannter Staatsfeinde, zu denen Sachsen und Schwaben nie gerechnet werden können, wenn es rechtmäßig zugeht, wurden ihren Bauern entschädigungslos 98% des Grundes samt Höfen, Inventar und Vieh weggenommen. Gewissermaßen im Handumdrehen sind diese Bauern, die besten Südosteuropas, um alles gebracht worden und leben heute zumeist als Tagelöhner oder Bettler und nur im günstigen Falle als rechenlos, noch geduldete Pächter des eigenen Bodens, während ihr Eigentum an staatlich eingewiesene, in der Mehrzahl unfähige "Kolonisten" fiel.

In den Städten erfolgte durch Beschlagnahme, Treuhänderei und zahlreiche andere Eingriffe eine rücksichtslose Beseitigung der freien Verfügungsgewalt der Sachsen und Schwaben über ihre Unternehmungen, Häuser und Besitzungen anderer Art.

Diese Maßnahmen stellen eine Entwendung ererbten und ehrlich erworbenen Vermögens im Dienste einer sozialen Umschichtung und der erstrebten Kommunisierung Rumäniens dar, die den demokratischen Ideen nicht entspricht, für welche Rumänien einzutreten behauptet. Da die breiten Massen des rumänischen Volkes diesen Kurs nicht wünscht und fürchtet, wird er zuerst mit Spekulation auf die chauvinistischen Instinkte gegen die deutschen Staatsbürger angewendet, was freilich nicht anderes ist als Verfolgung einer Rasse, einer Glaubens- und Kirchengemeinschaft, also eine eindeutige Verletzung der international übernommenen Verpflichtungen Rumäniens.

Tragik der ehemaligen Soldaten

Die Tragik der Sachsen und Schwaben ist damit keineswegs erschöpft. Während des Krieges wurden entsprechend einem Staatsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Rumänien die deutschstämmigen Soldaten des rumänischen Heeres ins deutsche überstellt und dienten dort weiter. Es handelt sich hierbei um etwa 70.000 Mann. Diese Soldaten werden, wenn sie jetzt nach Rumänien heimkehren, nach einem Gesetz vom August 1947 als Kriegsverbrecher betrachtet, denen lebenslängliche Zwangsarbeit und nur bei "mildernden Umständen" ^{min} mindestens 15jährige droht, ob-

gleich sie durch denselben Staat, der sie heute solcherart bestraft, zum Kriegsdienst in der deutschen Wehrmacht ^{Rumänien} befohlen worden sind. Ein krassere Verletzung natürlicher Rechtsbegriffe kann es nicht geben.

Die deutschen Staatsbürger Rumäniens hatten auf dessen Politik niemals Einfluß. Sie waren in der Regierung nicht vertreten. Über sie wurde bestimmt, nicht sie bestimmten Rumäniens Kurs. Daher ist eine Abwälzung der Verantwortung für die rumänische Politik auf ihre Schultern ungerechtfertigt und nur ein Deckmantel, um sich in den Besitz ihres Eigentums zu setzen, denn auch dieses wird eingezogen.

Elend der
Zwangsevakuierten

Während des Krieges wurden beim Nahen der Russen im September 1944 etwa 50.000 Sachsen und ebenso viele Schwaben von den abziehenden deutschen Truppen nach Deutschland und Österreich zwangsevakuiert, wo sie ^{sich} noch heute entwurzelt und großen Teils mittellos aufhalten.

Zersplitterung und
Verelendung

Es ergibt sich also folgende Lage:

von den 550.000 deutschen Staatsbürgern Rumäniens befinden sich rund 50.000 als Zwangsarbeiter in Rußland in Erwartung eines frühen Todes oder der Entlassung bei Entkräftung. Etwa 100.000 sind durch die Kriegereignisse nach Deutschland und Österreich gespült worden, zu denen außerdem mindestens 50.000 ehemalige Soldaten zu rechnen sind. Diese 150.000 Menschen, ohne Boden unter den Füßen, zumeist in Not, wagen die Heimkehr nicht. Der Rest, enteignet, entrechtet, manche davon durch Willkür eingesperrt, alle in fürchterlichem seelischem Druck, ausnahmslos jeder getrennt von zahlreichen seiner Nächsten, viele der Familienernährer beraubt, darbt in der Heimat hoffnungslos und einer ungewissen Zukunft ausgeliefert, in der Überzahl Kinder und bejahrte Leute.

Noch vor drei Jahren lebte diese Bevölkerung gesund und im Wohlstand zum Segen Rumäniens. Heute ist von alledem ein Trümmerfeld übriggeblieben. Und dies geschah im Namen der Befreiung, der Menschlichkeit und Demokratie.

Rumäniens
Selbstschädigung und
Verantwortung

Daß sich Rumänien damit selbst wirtschaftlich, kulturell und sittlich schädigt, ist offenbar. Die Geschichte wird hierüber nur ein Urteil fällen können. Die Vernichtung einer so schaffensfreudigen, alten, treuen und unersetzbaren Bevölkerung ist weder politisch noch gar rechtlich begründbar. Rumänien hat sich nicht bloß gegenüber seinen tüchtigsten Bürgern undankbar betragen, es hat auch seine Pflichten als zivilisierter Staat mißachtet.

Folgerungen

Die Folgerungen daraus sind diese:

Sachsen und Schwaben haben das volle rumänische Bürgerrecht.

Infolgedessen muß ihnen Rumänien ihr Eigentum und den freien Genuß ihrer bürgerlichen Rechte zurückerstatten und Ersatz für allen zugefügten Schaden leisten.

Niemals wird dieser vor Gott und Menschen heilige Anspruch aufgegeben werden.

Daher bitten wir, Rumänien zu veranlassen, die eben erhobenen Forderungen zu erfüllen und hiemit einen Beitrag zu leisten zur Wiederherstellung der Lebenssicherheit und des Rechts in Süd-osteuropa.

Bitte und
Vorschlag
zur Anhö-
rung von
Vertretern

Wir bitten weiter, als Interessenvertreter der verfolgten Schwaben und Sachsen Sachverständige nach London zu berufen und sie anzuhören, damit die Konferenz der Außenminister sich über diese Fragen unterrichten und schlüssig werden kann.

Es wäre am natürlichsten, Männer einzuladen aus den in ihrer Heimat noch befindlichen schwäbischen und sächsischen Kreisen, zum Beispiel den Bischof der Evangelischen Landeskirche A.B. in Rumänien D. Friedrich Müller (Sibiu, Huetplatz 2), sowie den Bischof der römisch-katholischen Diözese in Timisoara, Domplatz jeden mit einigen, von ihnen selbst ausgesuchten Begleitern, überdies Vertreter der in Deutschland und Österreich lebenden Flüchtlinge; aber da unter den heutigen Umständen Persönlichkeiten aus Rumänien zu diesem Zwecke schwerlich werden ausreisen dürfen oder, wenn sie es dürfen, kaum ihre freie Meinung äußern können, schlagen wir als Vertreter der Sachsen den zur Zeit in Ried, Oberösterreich, Kränzlststraße 3, amtierenden Generaldechanten der Evangelische Kirche von Nordsiebenbürgen Dr. Carl Molitoris vor, der sich einige Begleiter selbst bestimmen möge, und bitten, ihm die Reise materiell zu ermöglichen.

Wir schlagen deshalb einen Geistlichen vor, weil die Siebenbürger Sachsen aufs innigste mit ihrer Kirche verbunden sind und weil auch der Evangelischen Landeskirche A.B. in Rumänien nicht bloß Landbesitz und Schulgebäude, sondern sogar Institute, Kunstsammlungen, Büchereien, ja Gotteshäuser entrissen worden sind.

Wir schlagen ferner als Vertreter der Banater Schwaben die Berufung von Herrn vor und bitten, auch ihm die Annahme einiger Begleiter nach freier Wahl zu erlauben.

Das unterfertigte ^{Hilfskomitee} steht seinerseits in jeder Hinsicht zur Auskunft und zur Ausarbeitung von Vorschlägen bereit.

Abschließend sei im Bewußtsein der auf uns lastenden Verpflichtung betont, daß die tröstlose Lage der von uns vertretenen Menschengruppe sowohl in der Heimat, als auch unter den nach Deutschland und Österreich Zwangsevakuerten und den nach Rußland Deportierten eine Entscheidung

unaufschiebbar macht.

Wenn die rumänische Regierung zur Einhaltung ihrer Rechtsgebundenheiten und zum Ersatz an die Geschädigten nicht veranlaßt werden kann, wenn also selbst die Großmächte einen offensichtlichen Zustand der Rechtlosigkeit nicht zu beseitigen vermögen und ihn damit bestätigen, muß eine andere Lösung zur Rettung von 550.000 unschuldigen, maßlos leidenden Menschen gefunden werden.

Auch hierfür bieten wir uns und die genannten Persönlichkeiten als sachverständige Ratgeber an.

München, den

Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen
und Banater Schwaben im Evangelischen
Hilfswerk der Evangelischen Kirche in
Deutschland

Hilfskomitee der Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben
im Hilfswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland

~ Hauptstelle München ~

Nr. 5317/Dr.App./Zi.

Herrn Dr. Heinrich Zillich
Starnberg
Fischhabergasse 15

(13b) München, den 27.10. 1947
Wagmüllerstraße 23
Telefon Nr. 31980
Postscheck-Konto Amt München Nr. 5729

Sehr geehrter Herr Doktor!

Mit heutiger Post übersende ich Ihnen die beiden versprochenen Exemplare Ihrer letztlichen Ausarbeitung. Ich bitte für Ihre diesbezügliche Mühe zugleich im Namen des Hilfskomitees nochmals den herzlichsten Dank entgegennehmen zu wollen.

Zwei Exemplare dieser Schrift habe ich bereits an das Zentralbüro des Evangelischen Hilfswerks nach Stuttgart weitergeleitet und dort gleichzeitig gebeten, weitere Hefte an den Weltkirchenrat nach Genf sowie einflußreiche anglikanische Kirchenstellen in England und USA weiterzuleiten.

Ich ließ 30 Abzüge anfertigen und habe bereits 8 an unsere Landeszeitungsstellen verschickt. Unseren Landsleuten in Amerika lasse ich gleichfalls eins zugehen. Dem Flüchtlingsausschuß der UNO sowie der IRO wollen wir gleichfalls ein Exemplar zuleiten. Bei dieser Gelegenheit teile ich höflich mit, daß Ihr Ansuchen wegen eines Paketes befürwortend an das siebenbürgische Hilfswerk in USA weitergeleitet wurde.

Eben erhalte ich Ihr Schreiben vom 26.7. samt Beilagen und danke auch für diese Ausarbeitung bestens. Ihre darin enthaltenen Vorschläge halte ich für sehr gut und werde die Eingaben sogleich nach Abschrift und Übersetzung weitergeben. Herr Generaldechant Dr. Karl Molitoris erhält gleichfalls je eine Abschrift Ihrer Ausarbeitungen, um Sie für die in Österreich untergebrachten Landsleute zu verwenden. Wir werden uns erlauben, Ihnen für Ihre Mühe auch diesmal eine kleine Spende zukommen zu lassen.

Mit bestem Gruß
Ihr



[Handwritten signature]

(Dr. O. Appel)

ikgs

Starnberg am See, 29. November 1947

Lieber Herr Dr. Appel,

eben empfangen ich den endgültigen Text der Eingabe an die Außenministerkonferenz. Dem Entwurf sind zwar viele Zähne ausgezogen worden, aber das wäre nicht so schlimm, wenn wenigstens die Forderung auf Hinzuziehung von Sachverständigen geblieben wäre.

Mit der Streichung dieser Forderung begibt man sich freiwillig der eventuellen Möglichkeit, in London angehört zu werden, und das ist sehr arg. Wo es um das Schicksal von 600.000 Menschen geht, ist der Wunsch auf Vorladung ihrer Vertreter eine Selbstverständlichkeit. Man machte es den siebenbürgisch-sächsischen Volksführern nach 1919 zum berechtigten Vorwurf, daß sie nicht alles versucht hätten, bei den Friedensvertragsverhandlungen zugegen zu sein. Sie hatten damit die Schuld auf sich geladen, eine Lösung von vornherein zu dulden, die über die Köpfe der Betroffenen hinweg getroffen wurde.

Diesmal geht es um weitaus mehr. Es ist mir angesichts der Erfahrungen, die wir schon einmal mit der unentschuldbaren Leisetreterei der Kirche machen mußten, nur zu begreiflich, daß sie auch diesmal die Nötigung nicht verspürte, das Selbstverständliche zu tun. Sie ist eben nur mit halben Herzen zu helfen bereit und zeigt eine Bedenklichkeit, die niemals gut zu heißen werden darf, wenn es sich um Wohl und Wehe, um Leben und Tod von großen Gemeinschaften handelt, und die zur christlichen

Verkündigung übel paßt.

Alle sonstigen bedrohten Gruppen setzen das Letzte daran, gehört zu werden, und wir wagen nicht einmal die armselige Bitte zu äußern, man möge uns vorladen, wenns um den Untergang der eigenen Heimat, einer achtzehndertjährigen Vergangenheit, um Sein und Nichtsein von nächsten Angehörigen, Menschen wie wir und ihre Kinder geht. Wer würde auf den grotesken Einfall kommen, uns eine solche Bitte zu verübeln! Wie kann in einem Fall wie diesem überhaupt die Sorge, irgendwo anzustoßen, die viel größere Sorge um so viele Menschenleben in den Hintergrund drängen. Das Mindeste, was sich erdenken läßt, ist doch die Bitte, angehört zu werden! Es ist eine Pflicht, diese Forderung zu erheben, und deren Verletzung wird nie vergessen werden dürfen. Wenn die Vorgänge der Gegenwart dereinst beurteilt werden, kann es nur ein Urteil über das Versäumnis geben, und ich werde selbst mithelfen, daß es gefällt werde.

In Zukunft müssen wir Wege finden, unabhängig von der Kirche für die Landsleute einzutreten. Wir können es nicht verantworten, daß ihre Zögern weiteren Schaden, weiteres Sterben ermöglicht. Auf mein Gewissen möchte ich dies Zögern nicht nehmen und nicht die Mitschuld am Elend und Tod unserer Landsleute, denn wer nicht tut, was er tun kann, um solches Unheil zu verhindern, ist daran schuld.

Zum Überfluß fürchte ich noch, daß die Eingabe zu spät nach London kommt. Auch daran soll die Schuld denen bleiben, die sie auf sich geladen haben. Darum stelle ich dies schon jetzt fest.

Herzlichen Ihr

Starnberg am See, 11. Januar 1948

Lieber Herr Dr. Appel,

ich bitte Sie freundlich, ehe Sie diesen Brief weiterlesen, den beigelegten Durchschlag eines Schreibens meines Schwagers Hermann Tittes an die Lagerleitung in Schalding zu lesen, damit ich mich hier über ~~den~~ in diesem Schreiben schon geschilderten Vorfall nicht auslassen muß.

Als meine Schwägerin, Frau Rosa Schuster, ins Lager kam, erschrak sie über die dort herrschenden Zustände. Um Mittag fand sie im Zimmer, darin meine Nichte wohnt, noch drei Mädchen unangekleidet oder eben im Anziehen begriffen. Die Mädchen hatten also anscheinend nichts zu tun und verbrachten den Vormittag im Bett. Wenn dies so Monat um Monat weitergeht, kann man sich die sittlichen Gefahren vorstellen, in die ^{zu} hineinrutschen. Schmutz und Unordentlichkeit des Lagers, die Nähe junger Männer, die ebenso wenig zu arbeiten haben, erhöhen die Gefährdung. Überdies sind im Lager sicherlich nicht bloß moralisch gefestigte Personen vorhanden.

Ich begreife, daß von den Insassen eines Durchgangslagers keine Arbeit verlangt wird, wenn der Aufenthalt nur wenige Tage dauert. Hier in Schalding sitzen die Heimreisewilligen seit vielen Monaten. Da müßte doch dafür gesorgt werden, daß sie auch mindestens acht Stunden arbeiten, um wenigstens einen Teil der Beträge zu ersetzen, die die deutsche Bevölkerung für sie aufbringt.

Sie wissen, lieber Doktor, daß ich der letzte bin, der von Flüchtlingen etwas Unbilliges verlangt, aber im Interesse der jungen Menschen, die in Schalding zusammenhausen, ist es durchaus vertretbar, wenn man fordert, daß sie beschäftigt werden.

Wäre es nicht zu empfehlen, daß Sie einmal - natürlich unangemeldet - einen Besuch des Lagers vornehmen und dort nach dem Rechten sehen. Ich bin überzeugt, es wäre dort sehr viel ins rechte Lot zu bringen. Bei einer Beschäftigung der Lagerinwohner hätten diese selbst einen Verdienst. Es wäre also auch ihnen genützt.

Völlig rätselhaft finde ich, daß die Lagerleitung nicht von sich aus Arbeitspflicht einführt. Ein ~~tüchtiger~~ ^{fähiger} Leiter könnte Werkstätten einrichten, Waren erzeugen, sie verkaufen, und damit der Allgemeinheit dienen, den Lagerleuten besseres Essen beschaffen und eine Einnahme. Man hört ja aus anderen Lagern, daß dies sonst geschieht.

Darf ich Sie freundlich bitten, auf dem Begleitbrief zum Durchschlag oben die Adresse der Behörde einzusetzen, der das Lager Schalding unterstellt ist, und dann Begleitbrief und Durchschlag mittels des daran gehefteten Umschlags in den Postkarten werfen zu lassen.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

Beilagen

Starnberg am See, 4. März 1948

Lieber Herr Dr. Appel,

mein schwedischer Verleger Dr. Gunnar Berg in Malmö, Drottningtorget 1, Schweden, der zugleich auch Geschäftsführer der Reichsvereinigung Schweden-Deutschland ist, die besonders großzügig an der Linderung der deutschen Not mitarbeitet, schreibt mir: in Finja in Schweden (in der Nähe Malmö) werde ein Kinderheim für ~~elternlos~~ deutsche Jungen errichtet, die elternlos sind, ihren Schulgang beendet haben und einen Beruf in Schweden ergreifen wollen. Er bittet mich, ihm solche Jungen zu nennen, damit er um die Einreisebewilligung für sie ansuchen kann. Es müßten ihm die Paßdaten für diese Burschen mitgeteilt werden.

Ich habe von dieser Möglichkeit meinem hiesigen Pfarrer Dr. Schwinn erzählt, der bei dem Verein für Innere Mission in München anfragte, doch konnten von dort keine Bewerber genannt werden, auf die die gestellten Bedingungen zutreffen. Darum wende ich mich an Sie. Vielleicht können Sie aus den flüchtigen Landsleuten oder über die Flüchtlingsbetreuung einige elternlose, schulentlassene Jungen namhaft machen, die nach Schweden gehen wollen. Ich persönlich sehe bei dieser Aktion nur einen Haken, den ich Herrn Berg nicht verschwiegen habe, nämlich den, daß die Burschen, die nach Finja gehen, ihr Deutschtum höchstwahrscheinlich im Laufe der Zeit verlieren werden. Darum meine ich, man sollte möglichst nur solche Jungen entsenden, die schon 18 Jahre alt sind. Da wird die Gefahr der Entvolkung nicht so groß sein.

Inzwischen erhielt ich aus Stuttgart den Tagungsbericht der siebenbürgisch-sächsischen Pfarrer. Sie waren ja bei der Gelegenheit auch anwesend. Mit restloser Verblüffung las ich den Text des Vortrags, den der Dozent Roth gehalten hat. Selten kam mir eine haarsträubendere perwersere Gedankenzersetzung vor die Augen. Ich bin entsetzt, daß eine solche zersetzende Spintisiererei unsere Pfarrer anfaßt. Wenn Sie die Möglichkeit haben, ein Exemplar des Tagungsberichtes samt dem Text des Vortrags Herrn Professor Dr. Karl Kurt Klein nach Telfs in Tirol, Südtirolerstr. 32, zu schicken, bitte ich Sie sehr freundlich darum. Klein ist einer unserer klügsten Landsleute; war selbst Pfarrer und ist nicht spinnet genug, um sich von den in Mode stehenden theologischen Absurditäten verwirren zu lassen. Was er zu Roths Ableitungen sagt, wäre wichtig. Ich überlege, wie ich Roth ins Handwerk pfuschen kann. Etwas muß da geschehen. Überdies wird immer notwendiger, den Einfluß dieser Pfarrer auf das Hilfswerk zu brechen oder die Flüchtlingsbetreuung ihrem Diktat zu entziehen.

Dankbar wäre ich, wenn Sie mir mitteilen könnten, wer dieser Dozent Roth mit seinen zwei Dokortiteln ist, woher er stammt, wie alt er ist usw.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr

NB. Ich kann mir vorstellen, wie Sie sich im Kreis dieser theologischen Schwarmgeister und Schriftgelehrten vorgekommen sind.

*Bitte mich für Herkunftsdaten einiger von
Klein mitteilen?*